

Der Zypernkonflikt und seine Auswirkungen auf die EU-Ambitionen der Türkei: Kurzanalyse

Veröffentlichungsversion / Published Version
Stellungnahme / comment

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip). (2011). *Der Zypernkonflikt und seine Auswirkungen auf die EU-Ambitionen der Türkei: Kurzanalyse*. (Policy Paper / Österreichisches Institut für Internationale Politik). Wien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58467-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kurzanalyse

Oktober 2011/2

**Der Zypernkonflikt
und seine Auswirkungen
auf die EU-Ambitionen der Türkei**

Hakan Akbulut

Im Juli dieses Jahres ließen der türkische Premier Recep Tayyip Erdoğan und sein Außenminister Ahmet Davutoğlu mit der Aussage aufhorchen, die Türkei werde die Beziehungen mit der EU während der Ratspräsidentschaft der Republik Zypern im zweiten Halbjahr 2012 „einfrieren“, sollte bis dahin keine Wiedervereinigung auf der Mittelmeerinsel erzielt worden sein. Dieser Standpunkt wurde zuletzt von Vizepremier Beşir Atalay wiederholt, der vor einer Krise warnte, sollten die Südzyprioten die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen (*Der Standard*, 18. September 2011). Aus türkischer Perspektive stellt eine solche „Dialogverweigerung“ einen logischen Schritt dar, da nicht mit einer Entität verhandelt werden könne, die man nicht anerkenne. Erdoğan machte dies deutlich, als er explizit festhielt, es gäbe (für die Türkei) keinen Staat namens Zypern, sondern lediglich den griechischen Teil Südzypern – im türkischen politisch-diplomatischen Jargon pflegt man den Ausdruck „griechische Administration“ – sowie die Türkische Republik Nordzypern (*Hürriyet*, 19. Juli 2011). Für die EU und natürlich vor allem für die griechischen ZypriotInnen ist diese Haltung gleichermaßen unverständlich, da die Türkei nicht einer Gemeinschaft beitreten könne, ohne alle ihre Mitglieder anzuerkennen.

Indes gehen die Wogen zwischen den griechischen Zyprioten und der türkischen Seite hoch, weil die InselgriechInnen der US-amerikanischen Firma *Noble Energy* den Startschuss für Sondierungen im Mittelmeer erteilt haben, um in einem ersten Schritt zu Erkenntnissen über die Art und Menge der unter dem Meeresboden vermuteten Gasvorkommen zu gelangen und in weiterer Folge deren Abbau einzuleiten. Zu diesem Zweck hatte die Republik Zypern bereits eine Abgrenzung ihrer ausschließlichen Wirtschaftszone mit Ländern wie Israel vorgenommen. Die Türkei hatte gegen diese Abkommen protestiert und festgehalten, dass die griechisch-zypriotische Seite ohne die Beteiligung der InseltürkInnen weder solche internationalen Vereinbarungen treffen noch natürliche Reichtümer¹ im Alleingang abschöpfen könne.

Als die türkische Seite die Aufnahme der Bohrungen letztendlich nicht verhindern konnte, unterzeichneten die Türkei und die lediglich von ihr anerkannte Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) am Rande der UN-Generalversammlung 2011 ein Abkommen über die Abgrenzung des Festlandsockels zwischen den beiden Ländern und vergaben der türkischen Mineralölgesellschaft TPAO (*Türkiye Petrolleri Anonim Ortaklığı*) Lizenzen für die Suche nach Öl- und Gas im Mittelmeer. Der Präsident der TRNZ, Derviş Eroğlu, kündigte zugleich an, dass das türkische Forschungsschiff *Piri Reis* in derselben Parzelle, in der *Noble Energy* bereits für die griechische Seite zu bohren begonnen hatte, seismische Untersuchungen durchführen würde, sollte die griechische Seite diese Bohrungen nicht einstellen (*Kıbrıs Gazetesi*, 25. September 2011). In solch einem Fall würde das Forschungsschiff von Schiffen der türkischen Marine begleitet werden, ließ Eroğlu wissen. „Wenn sie die Macht dazu hat, kann die griechische Seite intervenieren und uns stoppen“ (zitiert in ebd.), fügte der

¹ Die griechisch-zypriotische Tageszeitung *Cyprus Mail* (3. August 2011) zitiert in diesem Zusammenhang die US Geological Survey, wonach „the Levant Basin, an area which includes the coastal areas near Cyprus, Israel, Lebanon and Syria, holds an estimated 120 trillion cubic feet of undiscovered, recoverable natural gas.“ Was das Ölvorkommen in der Region betrifft, so werden Reserven im Wert von \$ 400 - \$ 450 Mrd. vermutet (vgl. Michaletos 2007).

Volksgruppenführer der InseltürkInnen demonstrativ hinzu. In der Zwischenzeit hat *Piri Reis* tatsächlich erste Messungen in der Region vorgenommen, wobei keine Zwischenfälle bzw. keine Auseinandersetzungen mit der griechisch-zypriotischen Seite vermeldet wurden.

Diese Entwicklungen der letzten Tage sowie die oben wiedergegebenen Verlautbarungen der türkischen politischen Führung geben Anlass zur Frage, ob einerseits mit einem Durchbruch in der Zypernfrage bis zur zweiten Jahreshälfte 2012 zu rechnen ist, und andererseits, was es für die Beziehungen zwischen der Türkei und der Union bedeuten würde, sollte das Projekt „Vereintes Zypern“ nicht bis zum genannten Zeitpunkt realisiert werden. Das vorliegende Papier nimmt sich dieser Fragestellungen an und gibt hierbei einen kurzen Einblick in den Zypernkonflikt sowie in die bis heute daraus erwachsenen Konsequenzen für die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU.

Die Teilung und Bemühungen um eine Wiedervereinigung

Einer ca. 300 Jahre währenden osmanischen Herrschaft und der darauffolgenden Eingliederung in das britische Imperium folgte 1960 die Gründung der Republik Zypern auf der von GriechInnen und TürkInnen besiedelten Mittelmeerinsel. Dieser Staatsgründung gingen jedoch bewaffnete interkommunale Auseinandersetzungen sowie Kämpfe zwischen der nach einer Vereinigung der Insel mit Griechenland (*Enosis*) strebenden EOKA (Nationale Organisation Zypriotischer Kämpfer) und der britischen Obrigkeit voraus. Mit den Verträgen von Zürich und London schien 1959 zunächst eine Kompromisslösung über die Zukunft der Insel gefunden zu sein. Die griechische Seite verzichtete auf *Enosis*, die türkische Seite ihrerseits auf *Taksim* (also auf eine Zweiteilung der Insel zwischen griechischen und türkischen ZypriotInnen), während die Briten die Unabhängigkeit der Insel akzeptierten. Die neu geschaffene Verfassungsordnung wurde jedoch schon bald in Frage gestellt und erwies sich als kurzlebig.

Als der erste Präsident der Republik, Erzbischof Makarios, im Winter 1963 Verfassungsänderungen vorschlug, die darauf abzielten, den Mehrheitsverhältnissen auf der Insel Geltung zu verschaffen und die Repräsentanz und den Einfluss der InseltürkInnen zurückzudrängen bzw. einzuschränken,² verließen die türkischen ZypriotInnen aus Protest die Regierung und das Parlament. Spätestens an diesem Punkt nahm die Teilung der drei Jahre zuvor gegründeten Republik Zypern ihren Lauf. Denn kurze Zeit später brachen erneut bewaffnete Kämpfe zwischen den beiden Volksgruppen auf der Insel aus. Die meisten InseltürkInnen zogen sich in bewaffnete Enklaven zurück bzw. versuchten sich mit Barrikaden gegen Übergriffe zu schützen. Diese Enklaven, die zwischen 1963 und 1974 80% der türkisch-zypriotischen InselbewohnerInnen Zuflucht boten, wurden durch die griechische Seite von

² Obwohl die InseltürkInnen lediglich 18% der Gesamtbevölkerung auf der Insel ausmachten, waren ihnen 30% der Sitze im Parlament, 30% der Regierungsämter sowie 40% der Polizeiposten zugestanden worden. Die TürkInnen waren aus der Perspektive von Makarios überrepräsentiert, während die Bestimmungen der Verträge von Zürich und London impraktikabel waren (vgl. dazu Akbulut 2005, 29). Die InseltürkInnen, auf der anderen Seite, wollten nicht auf den Status einer Minderheit „degradiert“ werden, wo sie doch bis 1878 die Geschicke der Insel in ihren Händen hielten. Außerdem warfen sie Makarios vor, nicht an der Implementierung der Verträge interessiert zu sein.

der Außenwelt regelrecht isoliert (vgl. Brus et al. 2008, 25). Es sind dies die prägenden Jahre des Zypernkonfliktes für die türkische Seite. Die International Crisis Group (ICG 2008, 2) hält in diesem Zusammenhang fest, dass die "Turkish and Turkish Cypriot historiography [...] usually characterises the whole period as one of ethnic cleansing, village massacres, hostage-taking and the privations of ghetto life."

In den Jahren 1964 und 1967 eskalierten die Kämpfe auf der Insel. Die Türkei drohte militärisch zu intervenieren, um die stark in Unterzahl befindlichen InseltürkInnen zu unterstützen. Im Jahre 1964 wurden auch UN-Blauhelme auf die Insel entsandt, die bis heute dort Dienst versehen. Schließlich landeten 1974 türkische Truppen auf der Mittelmeerinsel, als die Militärjunta in Athen einen Putsch gegen Makarios – der nun aufgrund der Militärdiktatur in Griechenland die Unabhängigkeit der Insel *Enosis* vorzog – in Auftrag gab und Nikos Sampson, der sich einen Namen als „Türkenkiller“ (vgl. Richter 2009, 5) gemacht hatte, als Präsidenten installierte. Die türkischen Truppen besetzten in zwei Etappen 36% der Insel. Die „Friedensoperation“, wie sie die TürkInnen bezeichnen, sollte im Einklang mit dem Garantievertrag aus dem Jahr 1959 der Wiederherstellung des Status quo ante sowie dem Schutz der InseltürkInnen dienen, so die türkische Rechtfertigung.

Es sind die Ereignisse des Sommers 1974, die im kollektiven Gedächtnis der InselgriechInnen tief verankert sind. Die Zahlen darüber, wie viele Opfer die Militärintervention der Türkei gefordert hat und wie viele flüchten mussten bzw. zur Flucht gezwungen wurden, variieren erwartungsgemäß. Akgün et al. (2005) gehen in Anlehnung an griechisch-zypriotische Quellen von 162.000 griechischen Zyprioten und 43.000 InseltürkInnen aus, die jeweils in den Süden bzw. Norden flüchten mussten. Die Anzahl der Todesopfer wird mit mehr als 3.000 beziffert, darunter auch jene Personen, die bis heute vermisst werden (1.434 griechische Zyprioten [65% hiervon Soldaten] und 272 türkische Zyprioten). Richter (2009, 7) spricht in diesem Zusammenhang auch von „Massenexekutionen Hunderter von Zivilisten und Kriegsgefangener, Vergewaltigungen und Misshandlungen.“

Die Verhandlungen mit dem Ziel einer Wiedervereinigung auf der Insel wurden kurz nach den Ereignissen des Jahres 1974 aufgenommen. Mit den sogenannten High Level Agreements von 1977 und 1979 gelang eine erste Einigung darauf, welchen Parametern eine Lösung folgen müsse. So wurde vereinbart, dass ein vereintes Zypern eine bizonal und bikommunal organisierte Föderation sein solle. Wie diese Prinzipien in der Praxis implementiert werden bzw. wie das föderale System auszugestalten ist, darüber scheiden sich jedoch bis heute die Geister. Vereinfacht dargestellt, während die griechische Seite die meisten Kompetenzen bei einer gemeinsamen Zentralregierung verankert sehen will, stellt eine Konföderation mit einer schwachen Zentralregierung und relativ autonomen Teilstaaten das bevorzugte Endmodell eines vereinten Zyperns für die türkische Seite dar. Hinzu kommt, dass die Frage der Regierungsform leider nicht den einzigen Zankapfel in den Verhandlungen darstellt.

Die größten Herausforderungen stellen seit jeher die Eigentumsfrage,³ territoriale Modifikationen, der zukünftige Status der Türkei als Garantiemacht sowie die Zukunft der Zuwanderer aus der Türkei⁴ und der auf der Insel stationierten türkischen Truppen dar. An diesen Punkten und an dem Prinzip, dass nichts als vereinbart gilt, solange nicht in allen Punkten eine Einigung erzielt wurde, sind bisher viele UN-Generalsekretäre mit ihren Lösungsvorschlägen gescheitert, zuletzt Kofi Annan im Jahre 2004.

Mit dem von Annan vorgelegten und mehrmals revidierten Plan wurde ein letzter Anlauf genommen, um eine Wiedervereinigung auf der Insel noch vor dem beschlossenen EU-Beitritt der InselgriechInnen im Mai 2004 zu realisieren. Im Einklang mit dem zuvor festgelegten Ablauf wurde dieser am 24. April 2004 beiden Volksgruppen in separaten Referenden zur Abstimmung vorgelegt. Während 65% der türkischen ZypriotInnen den Plan befürworteten, lehnten 76% der InselgriechInnen diesen ab. Aus griechischer Perspektive trug der Plan in erster Linie den türkischen Interessen Rechnung. Die InseltürkInnen hingegen sahen in dem Plan eine Chance in letzter Minute nach Jahren der Isolierung gemeinsam mit den GriechInnen der EU beizutreten. Nachdem aber die Wiedervereinigung aufgrund des negativen Votums im griechischen Teil nicht zustande kam, erfüllte sich dieser Wunsch nicht.

Die Verhandlungen zwischen den beiden Seiten wurden dennoch zwei Jahre später erneut aufgenommen. Die Vertreter des griechisch-zypriotischen Präsidenten Papadopoulos und des 2005 neu gewählten Mehmet Ali Talat auf türkisch-zypriotischer Seite trafen sich dutzende Male. Letzten Endes konnten aber keine wesentlichen Fortschritte erzielt werden (vgl. ICG 2009, 2).

Als im griechischen Teil Dimitris Christofias 2008 zum Präsidenten gewählt wurde, kam Hoffnung auf, es könnte endlich Bewegung in die Verhandlungen kommen. Schließlich galten/gelten beide, sowohl Christofias als auch Talat, als Befürworter einer Wiedervereinigung, die moderate Positionen vertreten. Darüber hinaus soll sie auch eine jahrelange Freundschaft verbinden. Beide Vertreter trafen sich im März 2008 und einigten sich darauf, die zuvor zwischen Papadopoulos und Talat vereinbarten Arbeitsgruppen und Komitees einzurichten (vgl. *TurkishPress.com*, 3. Januar 2010). Die Arbeitsgruppen sollten sich den Themenfeldern Staatsstruktur und Kompetenzenteilung, EU-Angelegenheiten, Wirtschaft, Eigentum, Territorium sowie Sicherheit und Garantien widmen (vgl. auch Morelli 2011, 3). Die technischen Komitees wurden auf der anderen Seite beauftragt, sich mit

³ Nach Angaben der griechischen Seite sind 78,5% der privaten Grundstücke im Norden griechisch, während der Anteil türkischen Eigentums im Süden mit 13,9% beziffert wird (vgl. dazu ICG 2009, 16). Der türkischen Seite zufolge hingegen sind 63,8% des Lands im Norden griechisch, während 22% der Grundstücke im Süden türkischen ZypriotInnen gehören. Bei der Lösung der Eigentumsfrage sollten nach griechisch-zypriotischen Vorstellungen die EigentümerInnen entscheiden dürfen, ob sie eine Restitution, Entschädigung oder einen Tausch vorziehen. Die türkisch-zypriotische Seite befürchtet hingegen, dass in solch einem Fall die Bikommunalität nicht aufrechterhalten werden könnte und präferiert einen Ausgleich über Entschädigungszahlungen. Sie verlangen deshalb, dass die Anzahl der griechischen ZypriotInnen, die ihr Eigentum im Norden zurückerhalten, begrenzt werden soll, was die griechisch-zypriotische Seite ablehnt.

⁴ Die Anzahl der ZuwandererInnen bzw. SiedlerInnen aus der Türkei wird inzwischen auf ca. 100.000 geschätzt (ICG 2008, 2).

Themen wie Kriminalität, Kultur, Krisenmanagement, Gesundheit (etc.) zu befassen. Wenngleich anfangs von Fortschritten in Grundsatzfragen die Rede war (vgl. z.B. Axt 2009, 61; Morelli 2011, 6), erwiesen sich in den direkten Verhandlungen erwartungsgemäß vor allem die Punkte Eigentum, Territorium und Sicherheit/Garantien als „zäh“ (siehe auch Axt 2009, 61). Insgesamt trafen sich die Freunde Christofias und Talat über 60 Mal. Zu einem Durchbruch kam es jedoch nicht und so hatte Talat seinen Unterstützern am Ende seiner Regierungsperiode wenig vorzuweisen.

Talat wurde schließlich in den Wahlen vom April 2010 von Derviş Eroğlu abgelöst. Eroğlu galt und gilt im Gegensatz zu Talat als Hardliner und soll nach Zeitungsberichten eine Zweistaatenlösung auf der Grundlage von Verhandlungen einer Wiedervereinigung vorziehen (vgl. *Kıbrıs Gazetesi*, 11. Januar 2010). Dennoch gab er bereits vor den Wahlen an, die direkten Verhandlungen im Falle seiner Wahl an dem Punkt, wo Christofias und Talat aufgehört hatten, fortführen zu wollen (vgl. *Today's Zaman*, 31. Dezember 2009). Schließlich machte auch Ankara seine Position klar und ließ Eroğlu wissen, dass man sich eine Lösung der Zypernfrage bis Ende 2010 wünsche (Morelli 2011, 8).

Die Verhandlungen zwischen Christofias und Eroğlu begannen im Mai 2010. Obwohl mehrere Treffen stattfanden, konnten auch sie keinen nennenswerten Fortschritt vermelden. Der UN-Generalsekretär Ban Ki Moon zeigte sich über die fruchtlosen Verhandlungsrunden zwischen den zypriotischen Anführern ebenfalls frustriert. Als Christofias und Eroğlu im Juni 2011 ein weiteres Mal nach Genf fuhren, um den Generalsekretär über den Verlauf der Gespräche zu informieren, zeigte Ban seine Unzufriedenheit mit dem Prozess und „verordnete“ den zypriotischen Volksgruppenführern einen Fahrplan. Demnach erwartet der Generalsekretär, dass in allen „Kernfragen“ eine Einigung bis zum nächsten trilateralen Treffen Ende Oktober 2011 erzielt wird (*Cyprus Mail*, 8. Juli 2011). In diesem Zeitraum sollen 19 Verhandlungsrunden stattfinden (*Hürriyet Daily News*, 25. Juli 2011). Danach soll nach den Vorstellungen von Ban Ki Moon eine internationale Konferenz zur Lösung der Sicherheitsfrage abgehalten werden. Das Ergebnis soll sodann im Frühjahr 2012 wieder den beiden Volksgruppen zur Abstimmung vorgelegt werden (Molli 2011, 9). Ziel sei es, auf der Insel eine Wiedervereinigung noch vor der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch die Republik Zypern zu erreichen.

Die Warnungen des Generalsekretärs, dass die Verhandlungen nicht ewig weitergeführt werden könnten und die UN ihre Good-Offices-Mission auf Zypern deshalb beenden und die Blauhelme abziehen könnte, dürften wohl zur Akzeptanz des oben beschriebenen Fahrplans geführt haben. Letztendlich ändert aber auch diese einmal mehr „intensivierte Phase“ der Verhandlungen nichts daran, dass beide Parteien von einer endgültigen Lösung offenbar weit entfernt sind.

Das Türkei-EU-Zypern Dreieck

Die international anerkannte Republik Zypern stellte im Jahr 1990 einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EU. Während die Gemeinschaft ursprünglich die Auffassung vertrat, dass eine Lösung des Zypernkonflikts einer Aufnahme vorausgehen müsse, wurde dieser Standpunkt später insbesondere aufgrund des Drucks aus Athen revidiert. Athen hatte bereits 1995 seine Zustimmung zum Abschluss der Zollunion zwischen der EU und der Türkei davon abhängig gemacht, dass Beitrittsverhandlungen mit den griechischen Zyprioten aufgenommen werden (Axt 1995, 259; Riemer 2000, 88). 1999 drohte Athen sogar die gesamte Osterweiterung zu blockieren, sollte Zypern nicht in der ersten Erweiterungsrunde dabei sein. Wie auch vom damaligen Erweiterungskommissar Günter Verheugen in einem Interview mit *Deutschlandfunk* (26. April 2004) nach dem Nein der InselgriechInnen zum Annan Plan bestätigt wurde, stellte die Lösung des Konflikts angesichts dieser Drohung aus Athen von nun an keine Voraussetzung mehr für einen EU-Beitritt der Republik Zypern dar. Mit dieser Entscheidung gab die Union ihr wirkungsvollstes Instrument aus der Hand, nämlich die Konditionalität eines Beitritts. Anstatt mit Hilfe der Mitgliedsperspektive zur Lösung des Konfliktes beizutragen, wurde der Konflikt in die Union importiert.⁵

Daraus ergaben sich auch zusätzliche Hürden und Probleme für die türkischen Mitgliedschaftsambitionen in der Union. Während die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei von den Zyprioten nicht blockiert wurde, sah sich die Türkei bald mit der Notwendigkeit konfrontiert, den Geltungsbereich des Abkommens über die Zollunion auf die neuen Mitgliedsländer, somit auch auf die von ihr diplomatisch nicht anerkannte Republik Zypern auszudehnen. Wenngleich die Türkei auch ein entsprechendes Protokoll unterschrieb, so wurde in einem Begleittext verlautbart, dass damit keine Anerkennung der Republik Zypern einhergehe.

Die Türkei machte außerdem die Implementierung dieses Protokolls und somit die Öffnung ihrer Häfen und Flugplätze für Schiffe und Flugzeuge der Republik Zypern von der Beendigung der Isolation der InseltürkInnen abhängig, wie dies nach dem Referendum von UN-Generalsekretär Kofi Annan verlangt und von der EU-Kommission auch angekündigt worden war. Die Union konnte ihr Versprechen jedoch bis dato nicht einlösen, wenn auch entsprechende Mechanismen und Mittel entwickelt wurden (vgl. Brus et al. 2008, 8; Kramer 2006, 463-466). Einerseits sollten für die InseltürkInnen Euro 259 Millionen zur Verfügung gestellt und andererseits der direkte Handel mit ihnen aufgenommen werden. Während die Finanzmittel nach zwei Jahren freigegeben werden konnten, wurde und wird ein direkter Handel mit den InseltürkInnen von den griechischen Zyprioten weiterhin abgelehnt und blockiert. Dieser Umstand ergibt sich daraus, dass die griechischen Zyprioten in einem direkten Handelsverhältnis zwischen der Union und der TRNZ eine de facto

⁵ In Reaktion auf die Entscheidung der EU 1997, der Republik Zypern den Kandidatenstatus zu verleihen, erklärten die türkischen ZypriotInnen die bikommunalen Gespräche für beendet. Zudem kündigten die InseltürkInnen und die Türkei an, die Integration zwischen den beiden Ländern zu forcieren. Später warnte sogar der türkische Premier Ecevit, die Türkei könnte TRNZ annektieren, sollten die griechischen Zyprioten in die EU aufgenommen werden (*Milliyet*, 04. November 2001).

Anerkennung der letzteren sehen (vgl. auch Kramer 2006, 4). Außerdem verweist die griechisch-zypriotische Seite auf die „Green Line Regulation“ und hält fest, dass der Handel für die türkischen ZypriotInnen über die Häfen und Flughäfen der Republik Zypern ungehindert möglich sei. Gemäß der sogenannten „Green Line Regulation“ können Produkte aus dem Norden in den südlichen Teil der Insel transportiert und über griechisch-zypriotische Häfen und Flugplätze weiter in andere EU-Länder befördert werden (vgl. Brus et al. 2008, 8; siehe auch ICG 2011, 7). Der Handel wird jedoch aufgrund von bürokratischen und administrativen Hürden sowie angesichts sozialen Drucks erschwert und bleibt dadurch weit unter dem Niveau der türkisch-zypriotischen Ausfuhren in die EU vor dem Anastasiou-Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) im Jahre 1994.⁶

Angesichts der türkischen Weigerung, den Verpflichtungen aus dem Zusatzprotokoll nachzukommen, beschloss die Union Ende 2006 die Verhandlungen mit diesem Land in acht der 35 Verhandlungskapiteln auszusetzen (vgl. *Hürriyet*, 11. Dezember 2006). Bis dato blieben alle Versuche, auf der einen Seite die Türkei zur Umsetzung des Zusatzprotokolls zu bewegen und auf der anderen Seite den InselgriechInnen ihre Zustimmung zur Direkthandelsverordnung abzurufen, erfolglos. Zuletzt hat die belgische Präsidentschaft vorgeschlagen, ein Verhandlungskapitel⁷ im Gegenzug zur Öffnung der türkischen Häfen und Flughäfen für südzypriotische Schiffe und Flugzeuge zu eröffnen (ICG 2011, 5-6). Die Türkei lehnte diesen Vorschlag jedoch ab und beharrte auf der Aufnahme des Direkthandels zwischen der Union und Nordzypern und bestand auf der Zulassung von internationalen Flügen (zumindest zwischen manchen EU-Staaten und Nordzypern) über den nordzypriotischen Flughafen Ercan (vgl. auch *Today's Zaman*, 22. November 2010). Während die Republik Zypern dem von der Union vorgeschlagenen Tausch positiv gegenüberstand, kam ein direkter Handel zwischen der Union und der TRNZ für sie nach wie vor nicht in Frage. Sie signalisierte lediglich Bereitschaft, den Handel über den Hafen Gazimağusa (Famagusta) unter der Kontrolle der EU zuzulassen, wenn die Türkei der Rückgabe des Stadtteils Maraş (Varosha)⁸ an der Ostküste der Insel zustimmen sollte (ICG 2011, 6).⁹ Eine Öffnung des Flughafens Ercan für internationale Flüge kam und kommt für sie jedoch weiterhin nicht in Frage, während die Türkei zur Rückgabe von Maraş (Varosha) nur im Rahmen einer Gesamtlösung des Zypernproblems bereit zu sein scheint.¹⁰

⁶ Vor 1994 war die EU der größte Handelspartner der türkischen ZypriotInnen (vgl. Brus et al. 2008, 7, 28), wobei in erster Linie landwirtschaftliche Produkte, insbesondere Zitrusfrüchte in die Union exportiert wurden. Mit dem Anastasiou-Urteil des EuGH 1994 wurde der direkte Handel unterbunden und die auf der Grundlage des Assoziationsabkommens zwischen der Republik Zypern und der Union bestehenden Vergünstigungen für nordzypriotische Produkte aufgehoben, womit diese wesentlich teurer wurden und der Handel einbrach.

⁷ Laut der Zeitung *Today's Zaman* (22. November 2010) wurde die Eröffnung von zwei Verhandlungskapiteln in Aussicht gestellt.

⁸ Varosha (Maraş) ist seit dem Einmarsch der türkischen Truppen im Jahr 1974 militärisches Sperrgebiet. Einst eine Tourismushochburg auf der Insel, ähnelt sie heute einer Geisterstadt und wird von der Türkei als Faustpfand in den Verhandlungen benutzt.

⁹ Einen ähnlichen Vorschlag hatten die SüdzypriotInnen bereits 2004 und 2005 unterbreitet (ICG 2011, 10-11).

¹⁰ UN Sicherheitsresolutionen aus den Jahren 1984 und 1992 forderten die Unterstellung von Varosha/Maraş unter die UN-Verwaltung (ICG 2011, 12). Im Rahmen des Annan Plans hatte die türkische Seite der Rückgabe des Stadtviertels binnen eines Jahres nach Wiedervereinigung zugestimmt.

Somit weigert sich die Türkei nach wie vor, das Zusatzprotokoll zum Abkommen über die Zollunion umzusetzen. Deshalb dürfen acht Kapitel¹¹ nicht verhandelt, geöffnete Kapitel nicht geschlossen werden. Zudem blockiert die Republik Zypern sechs weitere Kapitel (Freizügigkeit der Arbeitnehmer,¹² Energie, Judikative und Grundrechte, Justiz, Freiheit und Sicherheit, Bildung und Kultur, Außen-, Sicherheits-, und Verteidigungspolitik), während Frankreich vier weitere sowie das aufgrund des Zusatzprotokolls suspendierte Kapitel „Landwirtschaft und ländliche Entwicklung“ blockiert (Wirtschafts- und Währungsunion, Regionalpolitik Koordinierung der strukturellen Instrumente, Finanz- und Haushaltsvorschriften, Institutionen) (vgl. Günay 2010, 20). Zuletzt wurde während der spanischen EU-Präsidentschaft das Kapitel „Verbraucher- und Gesundheitsschutz“ eröffnet. Sollte die Türkei die technischen Öffnungskriterien erfüllen, können lediglich drei weitere Kapitel (Wettbewerb, öffentliches Auftragswesen, Beschäftigung und Soziales) für Verhandlungen freigegeben werden.

In Bezug auf die blockierten Kapitel gilt jedoch festzuhalten, dass die Türkei die Anpassungen an den gemeinschaftlichen (rechtlichen) Besitzstand der Union (*acquis communautaire*)¹³ einseitig vornehmen kann. Dies ist laut Günay (2010, 21) auch die offizielle Position der Türkei, die die Blockaden ignorieren und bis 2013 eine Anpassung des türkischen Rechtsstandes an den *Acquis* der EU erreichen wolle. Günay verweist auch darauf, dass das ehemalige EU-Generalsekretariat im Jahr 2009 personell stark aufgestockt wurde, um dieses Ziel zu realisieren (ebd., 22). Zuletzt wurde auch eine institutionelle Aufwertung vorgenommen, wodurch aus dem ehemaligen Generalsekretariat für EU-Angelegenheiten ein Ministerium wurde. Mit diesem Schritt wollte die AKP-Regierung auch signalisieren, dass die Türkei trotz aller politischen Hürden, die ihr im Rahmen der Verhandlungen gestellt würden, auf dem Weg zur Mitgliedschaft entschlossen voranschreiten werde, so damals der Minister für EU-Angelegenheiten und Chefverhandler Egemen Bağış (vgl. *Hürriyet*, 10. Juni 2011).

¹¹ Betroffen sind die Kapitel freier Warenverkehr, Niederlassungsfreiheit und freier Dienstleistungsverkehr, Finanzdienstleistungen, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Fischerei, Verkehr, Zollunion und Außenbeziehungen.

¹² In diesem Punkt sollen auch Österreich und Deutschland auf der Bremse stehen (vgl. Günay 2010, 20).

¹³ Der *Acquis* der Union umfasst „den Inhalt, die Grundsätze und die politischen Ziele der Verträge; [...] die in Anwendung der Verträge erlassenen Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung des Gerichtshofs; [...] die im Rahmen der Union angenommenen Erklärungen und Entschlüsse; [...] die Rechtsakte der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik; die in den Bereichen Justiz und Inneres vereinbarten Rechtsakte; [...] die von der Gemeinschaft geschlossenen internationalen Abkommen und die Abkommen, die die Mitgliedstaaten untereinander in Bereichen schließen, die unter die Tätigkeit der Union fallen“ (EU o.J.).

Abschließende Bewertung und Ausblick

Zunächst gilt festzuhalten, dass die Situation auf der Insel wenig Hoffnung aufkommen lässt, die Verhandlungen könnten tatsächlich in dem vom UN-Generalsekretär vorgegebenen Zeitraum zum Abschluss gebracht werden. Beide Seiten verhandeln mit Unterbrechungen seit Dekaden und hatten bis zuletzt laut eigenen Angaben lediglich bescheidene Fortschritte erzielt.¹⁴ Sogar der UN-Generalsekretär und sein Sonderberater auf der Insel, Alexander Downer,¹⁵ zeigten sich zuletzt frustriert über den Verlauf der Verhandlungen. Es gibt derzeit für den außenstehenden Beobachter auch keinen erkennbaren Grund zu der Annahme, beide Seiten würden die Verhandlungen zügig zu einem Abschluss bringen. Sollte dies wider Erwarten doch der Fall sein, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass jedes Ergebnis beiden Volksgruppen getrennt zur Abstimmung vorgelegt werden wird. Im Jahr 2004 hatten die politischen Anführer, ob gewollt oder ungewollt, zugestimmt, jene Vertragspunkte, in denen sie keine Einigung erzielen konnten, von UN-Generalsekretär Kofi Annan ausformulieren zu lassen – dies war ein einzigartiger Moment in der Geschichte der Zypernverhandlungen seit 1974. Doch das Projekt Wiedervereinigung ist schließlich am Votum der griechisch-zypriotischen Bevölkerung gescheitert. Eine Verhandlungslösung muss also für die Mehrheit beider Volksgruppen akzeptabel und tragbar sein. Insofern diesmal zumindest die politische Führung in beiden Teilen der Insel einen allfälligen Vertragsentwurf unterstützt, müsste dieser innerhalb eines kurzen Zeitraumes beiden Volksgruppen „schmackhaft“ gemacht werden, worin eine weitere Herausforderung besteht. Auch auf die politische Opposition darf natürlich nicht vergessen werden, wobei hier die Aufgabe für Christofias angesichts der Entwicklungen der letzten Monate schwieriger sein dürfte als für Eroğlu.¹⁶ Hinzu kommt der Umstand, dass die Beziehungen zwischen den Beteiligten, wie eingangs festgehalten, aktuell aufgrund von Bohrungen nach Gas im Mittelmeer einer weiteren Belastungsprobe ausgesetzt werden. Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass der Verlauf der Verhandlungen von diesen Spannungen unberührt bleibt.

¹⁴ Yusuf Kanlı zitiert in *Hürriyet Daily News* vom 21. Juli 2011 den Chefverhandler von Christofias, George Iacavou, der in Reaktion auf Erdoğan's Aussage, es müsse bald eine Lösung geben, festgehalten habe: „Erdogan is bluffing...We are nowhere near a settlement...The process is not progressing“.

¹⁵ Einen Tag vor dem letzten Treffen der beiden Volksgruppenführer mit Ban Ki Moon in Genf zeigte sich Downer enttäuscht über den Verlauf der Gespräche und hielt fest, dass "[t]he last three months have been the worst three months we've ever had since these negotiations began in September 2008" (zitiert in *Cyprus Mail*, 7. Juli 2011).

¹⁶ 2010 hat die Sozialdemokratische Partei Zyperns (EDEK) die Regierung verlassen, weil sie der Auffassung war, dass Christofias inakzeptable Zugeständnisse in den Verhandlungen gemacht habe. Zudem musste Ende Juli 2011 die gesamte Regierung in Südzypern zurücktreten, weil die Explosion von Munition, die die Zyprioten während ihres Transports vom Iran nach Syrien im Jahr 2009 abgefangen hatten, zum Tod von 13 Personen geführt und gleichzeitig das größte Elektrizitätswerk des Landes zerstört hatte (vgl. *Aljazeera*, 29. Juli 2011). Dies hatte einerseits Energieengpässe zur Folge und zwang die griechischen Zyprioten Strom von der TRNZ zu kaufen. Andererseits verschärfte dies die wirtschaftliche Krise, in die das Land nicht zuletzt als Folge der Finanzkrise in Griechenland geschlittert war. Dass die Munition in der Nähe von einem Kraftwerk trotz Warnungen ungeschützt vor der Sonneneinstrahlung gelagert wurde, erzürnte viele griechische ZypriotInnen, die deshalb auch den Rücktritt von Präsident Christofias verlangten.

Wenngleich Prognosen ein riskantes Unterfangen darstellen und man auch auf Zypern allfällige Überraschungen nicht ausschließen darf, so kann dennoch festgehalten werden, dass eine Wiedervereinigung der Insel vor der Übernahme der EU-Präsidentschaft durch die InselgriechInnen zumindest aus heutiger Perspektive mehr als unwahrscheinlich ist. Zypern habe den Ruf als „Friedhof der Diplomatie“, hält Faustmann (2009, 9) fest. Es ist anzunehmen, dass es das in absehbarer Zeit auch bleiben wird.

Was bedeutet dies für die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei? Ohne eine umfassende und nachhaltige Lösung auf Zypern wird natürlich auch eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei nicht möglich sein – „Normalisierung“ in dem Sinne, dass sich dann die Türkei zur Gänze auf die Übernahme des Acquis sowie auf die Überwindung der Vorbehalte anderer EU-Mitglieder konzentrieren könnte, sofern auch der Ägäis-Streit mit Griechenland bis dahin gelöst sein sollte. Nachdem in der Zypernfrage keine Lösung in Sicht ist, wird die Türkei mit der EU-Präsidentschaft Republik Zypern im zweiten Halbjahr 2012 keinen Dialog führen. Wenngleich dies mehr als sonderbar und unüblich in einem Beitrittsprozess erscheint, so weisen die EU-Türkei Beziehungen eine ganze Reihe von Obskuritäten auf – angefangen davon, dass die Türkei ein Mitgliedsland nicht anerkennt, dass Nordzypern de jure EU-Territorium darstellt, de facto aber nicht einmal direkten Handel mit der Union zu günstigen Konditionen führen darf, dass rund 30.000 türkische Soldaten auf diesem EU-Territorium stationiert sind, bis hin zum Umstand, dass man mit der Türkei Beitrittsgespräche führt, während ein Mitgliedsland Verhandlungen über jene Punkte, die nur im Falle eines Vollbeitritts relevant wären, blockiert, oder allgemein, dass sich die EU nach beinahe fünf Dekaden in der türkischen Frage nicht einigen kann. Ein solcher Umstand, also die Aussetzung des politischen Dialogs, wäre auch weder neu in den EU-Türkei Beziehungen (siehe die türkische Reaktion auf die Entscheidungen der EU auf dem Luxemburger Gipfel von 1997¹⁷), noch würde sie de facto viel ändern oder gar eine Krise darstellen. Schließlich laufen die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU derzeit ohnehin auf „niedriger Flamme“. Die Verhandlungen sind, wie bereits festgehalten, jetzt schon in vielen Kapiteln blockiert und beide Seiten üben sich in gegenseitigen Schuldzuweisungen. Die EU kritisiert, der Reformprozess in der Türkei hätte nachgelassen und die Türkei käme ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht nach, während die Türkei der EU vorwirft, sich von den griechischen Zyprioten vereinnahmen zu lassen und den türkischen Beitrittsprozess mit politischen Stolpersteinen zu pflastern. Nichtsdestotrotz, auf einer technischen bzw. technokratischen Ebene laufen die Beziehungen ungestört weiter (vgl. *Der Standard*, 6. Juli 2011). So werden Projekte zur Heranführung der Türkei an die Union ungehindert fortgeführt. Zudem hat die Türkei, wie zuvor betont, die Möglichkeit, ihren nationalen rechtlichen

¹⁷ Auf dem EU-Gipfel in Luxemburg im Dezember 1997 wurde der Republik Zypern gemeinsam mit 10 mittel- und osteuropäischen Ländern der Status des Beitrittskandidaten zugesprochen, während der Türkei lediglich bescheinigt wurde, dass sie für eine Mitgliedschaft in Frage käme. Der damalige türkische Premierminister Yılmaz zeigte sich empört und ließ die Europäer wissen, dass sein Land den politischen Dialog mit der Union aussetze. Er kündigte kurz darauf sogar an, die Türkei werde ihr Beitrittsgesuch aus dem Jahr 1987 zurückziehen, sollte sie auf dem nächsten Gipfel den Kandidatenstatus erneut nicht erhalten (*Hürriyet*, 18. Dezember 1997) – was nicht geschah. Das Land wurde erst 1999 auf dem Gipfel von Helsinki zum Beitrittskandidaten gekürt.

Besitzstand auch in den blockierten Kapiteln an jenen der EU anzupassen. Somit kann sie an ihren „Hausaufgaben“ weiterarbeiten – was nicht bedeuten soll, dass der aktuelle Zustand für die Türkei befriedigend ist.

Dass sich in den Beziehungen zwischen der Türkei und der EU während der Präsidentschaft der Südyzpioten nichts ändern werde, davon zeigte sich auch der Chefverhandler der Türkinnen, Egemen Bağış, überzeugt, der nach den Aussagen von Davutoğlu um Deeskalation bemüht war. Davutoğlu habe versucht zu sagen, dass die Beziehungen zur EU-Präsidentschaft eingefroren werden, hielt Bağış fest (vgl. *Hürriyet*, 13. Juli 2011). Die Beziehungen mit der EU-Kommission würden ganz normal weiterlaufen, fügte er hinzu. Insgesamt werde sich nichts ändern. Wurden während der vorangegangenen Präsidentschaften keine Verhandlungskapitel eröffnet, so werde dies während der griechisch-zypriotischen Präsidentschaft genauso der Fall sein, so Bağış.

Wie es auch ein EU-Diplomat, der nicht namentlich genannt werden wollte, gegenüber der türkischen Zeitung *Hürriyet Daily News* (21. Juli 2011) zum Ausdruck gebracht hat, ist wohl davon auszugehen, dass Davutoğlu und Erdoğan mit ihren Aussagen die EU zum Handeln bewegen und die Dringlichkeit einer Lösung der Zypernfrage verdeutlichen wollten. Davutoğlu selbst hielt nach seinem Treffen mit Erweiterungskommissar Stefan Füle fest, dass er dem Kommissar mitgeteilt habe, dass es an der Zeit sei, Schritte zur Lösung der Zypernfrage zu setzen und strategische Entscheidungen in den EU-Türkei Beziehungen zu treffen (vgl. *HDN*, 13. Juli 2011). Die Türkei ist mit der aktuellen Situation offenbar unzufrieden und möchte eine Lösung (selbstverständlich nach eigenen Vorstellungen) in der Zypernfrage sehen, wobei sie von der EU erwartet, Druck auf die griechische Seite auszuüben. Denn aus ihrer Perspektive sind die griechischen Zyprioten derzeit an einem raschen Abschluss der Verhandlungen nicht interessiert. In der türkischen Wahrnehmung schielen die griechischen Zyprioten bereits auf die Präsidentschaft in der EU, um gemeinsam mit der Türkei an einem Tisch zu sitzen und ihr mit Hilfe der EU Zugeständnisse abzuringen. Erdoğan und Davutoğlu haben im Vorfeld klar gemacht, dass sie hier nicht mitspielen werden.¹⁸

Während sich die Türkei also auch aufgrund ihrer EU-Ambitionen an einer raschen Lösung interessiert zeigt, scheint sie nicht bereit zu sein, die TRNZ für einen EU-Beitritt zu „opfern“, wie dies türkische PolitikerInnen regelmäßig zum Ausdruck bringen. Sie wird offenbar nicht jede Lösungsformel akzeptieren, um damit die griechisch-zypriotische Hürde zu überwinden. Es ist den griechischen ZypriotInnen mit Hilfe Griechenlands zwar gelungen, die Beziehungen zur Türkei mit

¹⁸ Hinzu kommt, dass Erdoğan kurz vor seinem Besuch in Lefkoşa (Nicosia) im Juli weit schärfere Töne anschlug als zuletzt. Die Türkei sei nicht mehr bereit, wie im Annan-Plan vorgesehen, Güzelyurt (Morphou) zurückzugeben. Dies werde während seiner Amtszeit nicht passieren, hielt er fest. Auch den Abzug der türkischen Truppen stellte er in Frage, da sich die Situation verändert habe (*CNN Türk*, 19. Juli 2011). Dies müsse nun neu verhandelt werden. Erdoğan hielt auch unmissverständlich fest, dass die Verhandlungen nicht ewig fortgeführt werden könnten. Sollten sie keine Ergebnisse generieren, so müsse man der Welt Alternativen aufzeigen (*CNN Türk*, 19. Juli 2011). Das „window of opportunity“ werde sich bald schließen, heißt es von türkischer Seite, wenn nicht bald (in den Medien wurde das Jahr 2012 kolportiert; siehe z.B. *Yeni Şafak*, 19. Juli 2011) eine Lösung gefunden sei. Die griechische Seite reagierte natürlich empört auf Erdoğans Aussagen.

dem Beitritt in die EU auf ein neues Fundament zu stellen und die Kosten einer fehlenden Lösungsfindung auf Zypern für die Türkei in die Höhe zu treiben. Aber auch die „EU-Karte“ reichte bis jetzt nicht aus, um einer Lösungsformel nach eigenen Vorstellungen zur Geltung zu verhelfen. Mit der Zeit könnte die „EU-Karte“ sogar an ihrer Wirkungskraft einbüßen. Dies umso mehr, als das Interesse an der EU in der Türkei nachlässt und eine Vollmitgliedschaft in absehbarer Zeit immer unwahrscheinlicher erscheint. Dennoch, solange das türkische Interesse an einem EU-Beitritt nicht gänzlich schwindet (was nicht anzunehmen ist), werden die TürklInnen einen Kompromiss mit den InselgriechInnen suchen müssen. Insgesamt ist der Status quo weder für die griechische noch für die türkische Seite zufriedenstellend. Die Nutznießer eines langfristigen „Deadlocks“ im Zypern-EU-Türkei Dreieck wären zweifelsohne nicht die TürklInnen oder ZypriotInnen, sondern jene Länder, die gegen einen türkischen EU-Betritt sind, darunter auch Österreich. Deshalb gilt es für beide Parteien, die Suche nach einer friedlichen Lösung trotz der derzeit trüben Aussichten fortzusetzen.

Literatur:

Akbulut, Hakan (2005): *NATO's Feuding Members. The Cases of Greece and Turkey*. Frankfurt/Main (u.a.): Peter Lang. (= Internationale Sicherheit. 5.)

Akgün, Mensur et al. (2005): *Quo Vadis Cyprus*. A TESEV Working Paper. April 2005. [http://www.internal-displacement.org/8025708F004CE90B/%28httpDocuments%29/0AAF45F127BC77E2C125723C004B3B3B/\\$file/TESEV+-+Quo+Vadis+Cyprus.pdf](http://www.internal-displacement.org/8025708F004CE90B/%28httpDocuments%29/0AAF45F127BC77E2C125723C004B3B3B/$file/TESEV+-+Quo+Vadis+Cyprus.pdf) [Zugriff: 03. September 2011].

Axt, Heinz-Jürgen (1995): *Zypern – ein Beitrittskandidat der Europäischen Union. Implikationen für die Insel, die Region und die Union*. In: Südosteuropa, Jg. 44, No. 5, S. 259-279.

Axt, Heinz-Jürgen (2009): *Zypern: Konfliktbeilegung durch Europäisierung? – Jüngste Erfahrungen und Perspektiven*. In: Südosteuropa Mitteilungen, Jg. 49, Nr. 6, S. 49-65.

Brus, Marcel et al. (2008): *A Promise to Keep: Time to End the International Isolation of the Turkish Cypriots*. Istanbul: TESEV.

Bryant, Rebecca; Hatay, Mete [o.J.]: *Suing for Sovereignty: Property, Territory, and the EU's Cyprus Problem*. <http://www.gpotcenter.org/dosyalar/PolicyBrief.pdf> [Zugriff: 05. Februar 2010].

EU [Europäische Union] [o.J.]: *Gemeinschaftlicher Besitzstand (acquis communautaire)*. http://europa.eu/legislation_summaries/glossary/community_acquis_de.htm [Zugriff: 14. Oktober 2011].

Faustmann, Hubert (2009): *Die Verhandlungen zur Wiedervereinigung Zyperns: 1974-2008*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 12/2009, S. 9-13.

Günay, Cengiz (2010): *Die Türkei als Regional Player?* Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes. Dezember 2010. Wien [unveröffentlicht].

IHS Global Insight [o.J.]: *Eastern Mediterranean Oil Exploration Pits Turkey against Cyprus*. <http://www.ihsglobalinsight.com/SDA/SDADetail8345.htm> [Zugriff: 05. Februar 2010].

ICG [International Crisis Group] (2008): *Cyprus: Reversing the Drift to Partition*. Europe Report Nr. 190. 10. Jänner 2008. http://www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/190_cyprus_reversing_the_drift_to_partition.pdf [Zugriff: 10. August 2011].

ICG (2009): *Cyprus: Reunification or Partition?* Europe Report Nr. 201. Nicosia, Istanbul, Brussels. 30 September 2009. http://www.crisisgroup.org/library/documents/europe/201_cyprus___reunification_or_partition.pdf [Zugriff: 05. Februar 2010].

ICG (2011): *Cyprus: Six Steps Toward a Settlement*. Policy Briefing No. 61. Nicosia, Istanbul Brussels. 22. Februar 2011. <http://www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/turkey-cyprus/cyprus/B61%20Cyprus%20-%20Six%20Steps%20toward%20a%20Settlement.pdf> [Zugriff: 05. Juli 2011].

Kramer, Heinz (2006): *EU-Türkei-Beitrittsverhandlungen – nur teilweise aufgeschoben?* In: Südosteuropa, Jg. 54, Nr. 4, S. 461-473.

Michaletos, Ioannis (2007): *Eastern Mediterranean Oil Politics: The Emerging Role of Cyprus*. 05. Juli 2007. <http://www.balkananalysis.com/2007/07/05/eastern-mediterranean-oil-politics-the-emerging-role-of-cyprus/> [Zugriff: 05. Februar 2010].

Morelli, Vincent (2011): *Cyprus: Reunification Proving Elusive*. CRS Report for Congress. 26. Juli 2011. <http://www.fas.org/sgp/crs/row/R41136.pdf> [Zugriff: 05. August 2011].

Richter, Heinz A. (2009): *Historische Hintergründe des Zypernkonflikts*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 12/2009, S. 3-8.

Riemer, Andrea K. (2000): *Griechenland und die Türkei im neuen Millenium – Stabilisierer versus Regionalmacht*. Frankfurt/Main: Peter Lang.

Die für die Arbeit herangezogenen Online-Editionen der angegebenen Zeitungen sowie die Online-Nachrichtenportale sind abrufbar unter:

Aljazeera, <http://english.aljazeera.net/>

CNNTürk, <http://www.cnnturk.com.tr>

Cyprus Mail, <http://www.cyprus-mail.com/>

Deutschlandfunk, <http://www.dradio.de/>

Hürriyet, <http://www.hurriyet.com.tr>

Hürriyet Daily News, <http://www.hurriyetdailynews.com/>

Kıbrıs Gazetesi, <http://www.kibrisgazetesi.com/>

Milliyet, <http://www.milliyet.com.tr>

Standard, Der, <http://www.derstandard.at>

Today's Zaman, <http://www.todayszaman.com/tz-web/>

TurkishPress.com, <http://www.turkishpress.com/>

Yeni Şafak, <http://yenisafak.com.tr/>

Mag. Hakan Akbulut ist Fellow am Österreichischen Institut für Internationale Politik – oiip. Seine Forschungsschwerpunkte bilden die türkische Außen- und Sicherheitspolitik, nukleare Non-Proliferation und der Zypernkonflikt..

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip, 1090 Wien, Berggasse 7, www.oiip.ac.at